



Kanzleramtsbau, geplanter Standort für Chillida-Objekt (Kreis)

KUNST

Koloss für den Kanzler

Er ist der Henry Moore der Jahrtausendwende: Mit seinem frostigen Stahlkoloss „Berlin“ dürfte der spanische Bildhauer Eduardo Chillida, 76, ähnliche „Tagesschau“-Berühmtheit erlangen wie der Briten (1898 bis 1986) mit den bronzenen „Large Two Forms“, die seit 1979 vor dem Bonner Kanzleramt stehen. Für die Regierungszentrale an der Spree hat Chillida eine über fünf Meter hohe Skulptur aus zwei wuchtigen Greifhand-Formen gießen und schmieden lassen – eine Generation nach Moore wieder ein Wahrzeichen der bewährten, noch immer vitalen Moderne. Im Oktober soll die Plastik ihren Platz in Berlin einnehmen, vorerst steht sie auf Abruf am Eingang eines Parks in der Heimatgemeinde des baskischen Künstlers, in Hernani nahe San Sebastián. Das zwölf Hektar große Terrain „Chillida-leku“ mit monumentalen Chillida-Werken aus Stahl und Stein wird am kommenden Wochenende als Freiluftmuseum eröffnet. Auf Einladung des spanischen Königs will auch Bundeskanzler Gerhard Schröder dem Künstler, der vergangene Woche in Berlin mit dem „Piepenbrock-Preis für Skulptur“ ausgezeichnet wurde, und dem neuen Skulpturen-



Chillida-Skulptur



Moore-Plastik

Park seine Aufwartung machen. Für den konservativen spanischen Regierungschef José María Aznar ist der Termin in Hernani heikel. Die Gemeinde ist eine Hochburg der Unterstützer der baskischen Terrororganisation Eta, die gerade das Land mit blutigen Anschlägen überzieht.

Spaniens Innenminister Jaime Mayor Oreja will möglicherweise im Rahmen des deutschen Spanienbesuchs mit seinem Amtskollegen Strategien für den Kampf gegen den Basken-Terror erörtern: Bundesinnenminister Otto Schily gilt durch seine frühere Tätigkeit als RAF-Anwalt als Terrorismusexperte.

LEUNA

Zensierte Akten

Die rot-grüne Bundesregierung will dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss offenbar wichtige Akten über den Verkauf der ostdeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Elf-Konzern vorenthalten: Unterlagen der Treuhand-Nachfolgerin Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Dies hat der Vorsitzende des BvS-Verwaltungsrates, Manfred Schüler, beim Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium, Karl Diller, beantragt. Begründung: Die Papiere würden dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung zugerechnet. Sie bleiben 30 Jahre unter strengem Verschluss. Unter dem BvS-Material befinden sich möglicherweise auch Unterlagen, die im



Leuna-Raffinerie (1999)

Bundeskanzleramt vor dem Regierungswechsel 1998 verschwunden sind. Derzeit sortiert eine Arbeitsgruppe im Eichel-Ministerium die Leuna-Schriftstücke aus, die nicht an den Ausschuss gehen sollen. Der soll klären, ob bei der Privatisierung der Raffinerie Schmiergelder gezahlt wurden.

Folgt die Schröder-Regierung dem Antrag der BvS, geraten SPD und Grüne in ein arges Dilemma: Schon einem Vorgänger-Ausschuss, der 1994 die Treuhand unter die Lupe nahm, waren Treuhand-Protokolle verwehrt worden – von der Regierung Kohl. Der damalige Ausschussvorsitzende und heutige Innenminister Otto Schily nannte die Absage damals eine „Kriegserklärung der Regierung ans Parlament“. Vergebens versuchte die SPD beim Verfassungsgericht die Herausgabe zu erzwingen. Heute hält es die Schröder-Regierung mit dem Aktengeheimnis wie ihre Vorgängerin: Bevor die Tagebücher des früheren Treuhand-Vorstandes Klaus Schucht (SPIEGEL 30/2000) dem Ausschuss übergeben wurden, wurde alles geschwärzt, was Regierungszensoren dem „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ zugerechneten (siehe auch Seite 90).